

## Pensionskürzung für 45 Versicherungsjahre

Mit 45 Versicherungsjahren können Arbeitnehmer in Österreich ab dem 62. Lebensjahr ohne Abschläge in Pension gehen. Das wurde nun aufgehoben, Arbeitnehmer verlieren dadurch etwa 300 Euro monatlich an Pension.

„Da habe ich ein paar Tage gebraucht, bis ich einigermaßen unemotionell reagieren konnte“, sagt der Bezirksvorsitzende des Pensionistenverbandes Freistadt, Hans Affenzeller offensichtlich nicht Message controlled. „Dass die Regierung und die Nationalratsabgeordneten der Türkisen und der Grünen den Wirrwarr um die unkoordinierten Covid Maßnahmen dazu nutzen, Pensionen zu kürzen und wohlerworbene Rechte von Arbeitnehmern einfach wegzuwischen, hätte ich nicht erwartet“, zeigt er sich fassungslos. Besonders lang im Berufsleben stehende Menschen verlieren dadurch um die 300 Euro monatlich – und zwar ihr ganzes Leben lang -, wenn sie mit 62 Jahren in Pension gehen. Der von der Regierung vorgeschlagene Frühstarterbonus von 1 (in Worten: einem!) Euro pro Versicherungsmonat vom 15. bis zum 20. Lebensjahr ergibt maximal 60 Euro Pension, das aber nur, wenn man durchgehend versichert war.

Offensichtlich, weil die Abgeordneten gerade im Aufstehmodus waren, wurde auch noch beschlossen, ausgehandelte Pensionserhöhungen erst im zweiten Pensionsjahr wirksam werden zu lassen. Alle Frauen und Männer in Pension verlieren damit ihr Leben lang 1,5 bis 3,6 Prozent (diese Werte gelten derzeit in etwa) ihrer Pension, weil sie im ersten Jahr nicht angeglichen werden.

„Die Begründung der Türkisen+Grünen, dass Frauen von der Hacklerregelung nicht profitiert hätten, weil sie ohnehin früher in Pension gehen, ist eine reine Verspottung der Frauen“, ärgert sich Affenzeller. Denn wenn in zwei Jahren diese Regelung auslaufe, werden die Frauen genauso in die Pensionskürzungen fallen, wenn sie früher in Pension gehen wollen.

Vor wenigen Wochen begrüßte Hans Affenzeller die Erhöhung der Bauernpensionen um 460 Euro jährlich, wünschte sich aber, dass diese Regelung zumindest auch für Mindestpensionist/innen und Ausgleichszulangenempfänger/innen gelten sollten. Dazu lud er die Abgeordneten des Bezirkes zur Unterstützung ein. Der Landtagsabgeordnete Mag. Michael Lindner (SPÖ) begrüßte die Initiative, stellte aber fest, dass er einen Mindestsatz von 1200 Euro pro Monat anstreben wolle. Die Nationalratsabgeordnete Mag. Johanna Jachs (ÖVP) antwortete, dass die Mindestpensionen ohnehin um 3,5 Prozent erhöht würden. Das allerdings geschah nach massivem Druck des SPÖ-Pensionistenverbandes. Landtagsabgeordneter Peter Handlos (FPÖ) gab keine Stellungnahme ab.